

KÖRNER

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.18 1989 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at



Für eine kämpferische Gewerkschaft

Noch am Mittwoch, den 25. Oktober 1989, wurde von einem möglichen Streik der Brauereiarbeiter am 27. Oktober 1989 berichtet. Zuerst boten die Arbeitgeber eine KV-Erhöhung von nur 0,9% für Vertriebsbeschäftigte und 1,5% für Arbeiter. Nach zweimonatigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft stellten die Arbeitgeber einen Kompromiß von 4% Lohnerhöhung in Aussicht. Die Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter forderte ursprünglich eine KV-Erhöhung um 8%. Ein Streik der Brauereibeschäftigten hätte die Unternehmen empfindlich getroffen, da die Brauereien täglich ausliefern. Arbeitgeber und Gewerkschaft einigten sich noch vor dem möglichen Streik auf eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 5% rückwirkend ab 1.9.1989 für 5000 Brauereibeschäftigte.

METALLARBEITER

Die starke Metall-Bergbau-Energie Gewerkschaft (MBE) konnte ihre Forderung von 9% Erhöhung der KV-Löhne und 7,5% Erhöhung der Ist-Löhne nicht durchsetzen. Letztendlich wurde ab 1.11.1989 ein neuer Kollektivvertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen: Die KV-Mindestlöhne werden um 7%, die Ist-Löhne um 5,5% ansteigen.

Trotzdem sich die Industriellenvereinigung und die Handelsunternehmer über dieses Verhandlungsergebnis erschüttert zeigen, bleiben die Lohnerhöhungen real weit unter den Zuwächsen der Profite der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer sollen auf höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung verzichten, um den Wirtschaftsaufschwung, das heißt die hohen Gewinne der Unternehmer, nicht zu gefährden.



Inhalt:

BP.....	3
DDR.....	4
SJ.....	6
Nicaragua.....	8
Textilbranche.....	11
Polltax.....	12
AZ.....	14
Ladenschluß.....	15
Was wir wollen.....	16

KV-VERHANDLUNGEN

Die Gewerkschaftsführung verabsäumte es, die ÖBB-Mitglieder und die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und zu mobilisieren. Wir fordern, alle KV-Verhandlungen ab sofort in aller Öffentlichkeit zu führen, um die Absichten und die Taktik der Unternehmervertreter aufzudecken. Die Gewerkschaft braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Jahrelang verzichtete die Gewerkschaftsführung auf eine kämpferische Haltung und

somit auf gerechte Lohnerhöhungen. Außerdem setzen die Unternehmer durch die Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung weiterzuführen und eine Entscheidung aufzuschieben. Die Kampfbereitschaft der bundesdeutschen IG-Metall kann der MBE-Gewerkschaft den Weg in die richtige Richtung zeigen. Alle Lohnerhöhungen und sozialen Errungenschaften für die Arbeiterschaft können nur durch Kampf, gegen den Widerstand der Arbeitgeber, erreicht werden!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen!

Liebe Leser!

Die DDR-Arbeiter haben mit ihrem Kampf um sozialistische Demokratie, Privilegienabbau und Reisefreiheit ein Beispiel für die gesamte Arbeiterbewegung gesetzt. Sie haben bewiesen, daß in einer Zeit in der ständig Verhandlungs- und Kompromißlösungen von allen Seiten gepredigt werden, die Macht letztendlich doch bei den Werk-tätigen liegt, wenn sie sich dessen bewußt werden. Trotz aller Zwangsmaßnahmen, trotz weiterem SED-Machtmonopol hat die Überwältigende Mehrheit aller Arbeiter, die nach dem Fall der Mauer in den Westen kamen, erklärt, daß sie zurück gehen wollen, um den derzeitigen Prozeß zu beschleunigen.

Für unsere Zeitung ist es leider unmöglich alle Entwicklungen ständig aktuell zu kommentieren. Doch eines ist klar: Die DDR-Arbeiterklasse darf in ihrer begonnenen Revolution nicht stehenbleiben. Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung ist es, diesen Kampfgeist weiterzutragen.

Die Redaktion (Nov.-89)

KAMPFFOND

BAUSTEIN 100.

für ein
TEXTVERARBEITUNGSGERÄT

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350

Für eine starke
marxistische Arbeiterpresse
Unterstützt VORWÄRTS

Liebe Genossinnen!
Liebe Genossen!

Um die Arbeit an der Zeitung einfacher und schneller zu gestalten, wollen wir uns ein neues, besseres Textverarbeitungsgerät kaufen, einen Brother WP-1 Word Processor. Dieses Gerät hat einen kleinen Bildschirm und arbeitet mit Disketten, man kann daher unbegrenzt Text speichern. Kosten wird diese Maschine 11.990,-. Da wir aber noch nicht genug Geld im Kampffond haben, haben wir eine Spendenkampagne für unseren WP-1 gestartet, mit großem Erfolg: Ein Angestellter aus Favoriten spendete ös 3.000,-! Mehrere SJ-Mitglieder aus Wien spendeten Beträge zwischen ös 400,- und 1.000,-. Michael Jekel, GPA-

KAMPFMASSENNAHMEN

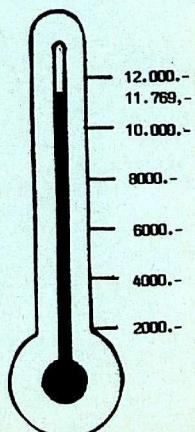
Wir unterstützen auch die Forderungen der Gewerkschaft der Handelsangestellten, die wir nur dann durchsetzen können, wenn die Gewerkschaft alle Kampfmaßnahmen anwendet und die KV-Verhandlungen öffentlich führt. Die Gewerkschaft kann jeden Arbeitskampf verlieren, aber ohne Kampf hat die Gewerkschaftsbewegung nicht einmal die Chance zu siegen!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Jugendfunktionär spendete ös 60,-, Ali Kara aus Favoriten spendete 50,-. Ein GPA-ler kaufte 8 VORWÄRTS zum Solidaritätspreis, um sie an Betriebsräte zu verteilen. Wir danken allen Genossen/innen, durch Euch sind wir unserem Ziel viel nähergekommen. Aber es fehlen noch ös 3.000,-, bis wir das Geld beisammenhaben. Helft uns, indem ihr Bausteine (10,-, 20,-, 50,-, 100,-) für das Gerät kauft oder einfach so spendet!

Achtung! Wir haben ein neues Spendenkonto: PSK 8812.733!

Es gibt nur eine Alternative zum bürgerlichen Medieneinheitsbrei - FÜR EINE MARXISTISCHE ARBEITERPRESSE! - UNTERSTÜTZT VORWÄRTS!



Druck und Papier

Nur wenigen dürfte es aufgefallen sein: Die Führung der Gewerkschaft Druck und Papier hatte Kampfmaßnahmen beschlossen, um der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung Nachdruck zu verleihen. Und sie hatte zumindest einen Teilerfolg. Ab 1.4.90 wird im Bereich Druck und Papier nur mehr 36 bzw. 37 Stunden pro Woche gearbeitet.

Die Drucker können auf eine lange Tradition des Kampfes um Verbesserung ihrer Lebenssituation zurückblicken. Im vorigen Jahrhundert hatten sie das Privileg, aus berufsbedingter Notwendigkeit lesen zu können. Bereits vor 140 Jahren gab es in Salzburg den "Unterstützungsverein für Buchdrucker".

Heute sind im Druckbereich durch die ständig fortschreitende Rationalisierung Arbeitsplätze gefährdet. Da im Kapitalismus technischer Fortschritt (der insbesonders im Druckbereich rasant ist - Computer-satz, Offsetverfahren...) nicht zum Wohle aller eingesetzt wird, sondern um die Taschen der Unternehmer zu füllen, steht die Arbeitszeitverkürzung permanent ganz oben auf der Liste der Arbeitnehmerforderungen. Gerade im Bereich Druck und Papier, wo auf eine freie Stelle bis zu 9 Bewerber kommen, wäre die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn schon längst überfällig. Bereits vor 8 Jahren hat die Gewerkschaftsführung ihr Ziel der 35-Stunden-Woche bei den Unternehmern "deponiert". Doch bis heute hat sie es nicht gewagt, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Ein kleines "Muskelspiel" (es gab zahlreiche Betriebsverhandlungen) hat schon gereicht, um die 36-Stunden-Woche bei Tageszeitungen und die 37-Stunden-Woche in Werkbetrieben zu erreichen. Allerdings hat sich

die Gewerkschaft dup verpflichtet, bis 1.1.92 keine weiteren Forderungen bezüglich der Arbeitszeitverkürzung zu stellen!

Als besonders aggressiver Gegner der Arbeitszeitverkürzung hat sich der "Schutzbund" erwiesen. Die Unternehmer der Klein- und Mittelbetriebe sehen in einer Arbeitszeitverkürzung ihren Untergang. Deshalb haben sie sich im "Schutzbund" zusammengeschlossen und gefordert, von Vereinbarungen bezüglich der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen zu werden. Diese Forderung wurde zwar auf einer Sitzung des Hauptverbandes der Unternehmer abgelehnt, aber auf Grund der Zusammensetzung der Unternehmervertreter können die Mitglieder des "Schutzbundes" trotzdem die Kollektivvertragsverhandlungen entscheidend beeinflussen.

Bei den Unternehmern entscheidet nämlich nicht die Anzahl der Beschäftigten über die Stärke der Mitbestimmung. Jeder Betrieb, egal ob er 1 oder 1000 Beschäftigte hat, hat die gleichen Mitbestimmungsrechte. Diese Tatsache erschwert den Kampf für die Gewerkschaften entscheidend. Während es in Großbetrieben verhältnismäßig einfach ist zu streiken, ist das in Kleinbetrieben wesentlich

schwerer, da die Angestellten einem viel stärkeren Druck ausgesetzt sind. Die Gewerkschaften sind eindeutig in einer benachteiligten Rolle. Die einzige Möglichkeit, um weiterhin spürbare Verbesserungen für die Angestellten zu erzielen, ist die sofortige Außenkündigung der Sozialpartnerschaft. Es ist ein falsches Loyalitätsgefühl der Gewerkschaft, an dieser Institution festzuhalten. Die Unternehmer haben keine Probleme, wenn es darum geht, für sich selbst Vorteile zu schaffen, tradierte Spielregeln der Sozialpartnerschaft zu ignorieren sowie permanent Arbeitsrechte zu brechen. Die Außenkündigung der Institution Sozialpartnerschaft und öffentliche Verhandlungen geben einer kämpferischen Gewerkschaft mehr Möglichkeiten, Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen, das schließt auch die Anwendung aller Verhandlungs- und Kampfmaßnahmen ein.

Sonja Grusch SJ 10

ACHTUNG
neues
KONTO
PSK
8812.733



Arbeiter auf einer Betriebsversammlung

dup

DDR : Politische Revolution

Am 4.11. demonstrierten in Ost-Berlin ungefähr 1 Million Menschen. Die DDR ist in Bewegung geraten. Was ist geschehen?

Die DDR entstand erst als Reaktion auf die Spaltung Deutschlands durch die Westalliierten am 7.10.1949 ein Monat nach (!) der BRD. Die UdSSR-Bürokratie hatte schon seit 1945 verordnet, den Großteil der noch vorhandenen Industrieanlagen in die SU zu verfrachten und Reparationen, die teilweise bis heute andauern, abzuliefern. 1945 -1946 bildeten sich auf dem damaligen gesamten deutschen Gebiet Antifaschismuskomitees in vielen Orten, Fabriken wurden durch die Arbeiter übernommen (Viele Unternehmer waren vor der Roten Armee geflohen, manche wurden enteignet.). Es entstanden stadtweite selbstverwaltete Infrastrukturen. Der gesamten Arbeiterbewegung war klar, daß ein Neuaufleben des Kapitalismus unbedingt abgewehrt werden mußte. Doch im Westen verhinderten die Alliierten sozialistische Umlösungsversuche der Arbeiterklasse (z.B. Generalstreik Ende der 40er Jahre).

Die Gründung der DDR

In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wiederum konnten die SU-Bürokratie und die KPD-Funktionäre - zurückgekehrt aus dem russischen Exil - ebenfalls nicht den Aufbau von Arbeiterräten dulden. So wurden viele Mitglieder der Antifa-Komitees vertrieben und durch stalinistische KPD-Kader ersetzt. Den Abgesetzten mußte man erst in politischen Umerziehungslagern wie Bautzen den "Sozialismus" erklären.

Aufstand 1953

Doch schon am 17. Juni 1953 erhoben sich im Ostteil Berlins die Arbeiter gegen die von oben eingesetzte Bürokratie und ihrer Lohnpolitik. Die Lösungen beinhalteten aber keinerlei Forderungen nach Rückkehr zum Kapitalismus, sondern nach der Selbstbestimmung der Arbeiter in einem sozialistischen System. Diese Erhebung wurde brutal von der "Volks"polizei und der Roten Armee niedergeschlagen. Darauf folgte eine Parteiüberzeugung, bei der viele alte KPD-Mitglieder, die sich unter Sozialismus etwas anderes vorgestellt hatten, entfernt wurden. Nachher sprach die Propaganda der Bürokraten nur mehr von dem Aufbau und der Verbesserung des Sozialismus. Jede Kritik war fortan unterdrückt worden. Als Reaktion darauf, um der verordneten Stagnation zu entfliehen, begann die Massenflucht über das noch nicht eingezäunte Berlin. Und wieder setzte sich die Regierung "zum Wohle des Volkes" ein und baute den "Antifaschistischen Schutzwall" - die Berliner Mauer.

Opposition seit den 50ern

Während des Arbeiteraufstandes in Ungarn 1956, den Volksbewegungen in der CSSR 1968 und Polen 1980/81 gab es jeweils nur im kleinen illegalen Rahmen Oppositionsgruppen in der DDR, die sich mit den Aufständischen solidarisch erklärten. Auch gab es Reformversuche innerhalb der

SED, welche rigoros unterbunden wurden. Auch aus diesen Gründen entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte eine Phase der inneren Emigration, das "zweizüngige Leben des DDR Bürgers": Er weiß, was er in der Öffentlichkeit "zu sagen hat" und was er zu Freunden "sagen kann". Große Teile der Bevölkerung haben sich auf einen Dienst nach Vorschrift eingerichtet, da Kritik ohnehin verpönt ist. Der billige Alkoholkonsum und das Disco-Vergnügen gewannen vor allem unter der Jugend immer mehr an Bedeutung. Trotzdem ist das Bildungsniveau der DDR-Jugend sehr hoch. Die politisch Interessierten versammelten sich oft in den evangelischen Kirchen, aber nicht, um zu beten sondern ungestraft zu diskutieren.

Rolle der Bürokratie

Wie war es überhaupt möglich, daß eine bürokratische Schicht, zuerst in der UdSSR und später in der DDR, die Macht greifen konnte? In der UdSSR war die Arbeiterschaft nach der Februar- und Oktoberrevolution 1917, nach den Kriegs- und Bürgerkriegsjahren entscheidend geschwächt. Die Wirtschaft war völlig zerstört, der erste Arbeiterstaat isoliert. Unter diesen Umständen waren nicht einmal die elementaren Lebensgrundlagen garantiert. Die besten Kräfte der Arbeiterklasse fielen im Bürgerkrieg. Das war die Chance für Karrieristen und Miltärführer. Diese neue Bürokratie brachte

den Staatsapparat unter ihre Kontrolle. Letztendlich führte sie eine politische Konterrevolution durch, die zwar das Staatseigentum an Produktionsmitteln nicht antastete, aber alle sonstigen Errungenschaften der Oktoberrevolution - wie die Arbeiterdemokratie - vernichteten. Anfangs gelang durch die geplante Wirtschaft selbst unter bürokratischen Kommando ein großer Wirtschaftsaufschwung. Doch die stalinistische Kaste wurde immer mehr zum absoluten Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR als auch für die Ausbreitung der sozialistischen Revolution. Stalin entwickelte das Konzept vom "Sozialismus in einem Land" im völligen Widerspruch zum sozialistischen Internationalismus. Die ausländischen KP-Funktionäre wurden zur außenpolitischen Agentur der UdSSR-Bürokratie degradiert.

Gründung der SED

Nach genau diesem Muster setzten sich auch die KPD-Funktionäre in der SBZ ein und führten zuerst eine Zwangsvereinigung von SPD und KPD durch. Ein immer größerer Verwaltungs-, Polizei- und Militärapparat sicherte der SED die Herrschaft über die arbeitende Bevölkerung, den diese selbst finanzierte. In der DDR hat es in Gegensatz zur SU nie Arbeiterdemokratie gegeben.

DDR im Aufbruch

In den letzten zwei Jahren entwickelte sich in Osteuropa eine starke soziale Dynamik. Die Angst unter der DDR-Bevölkerung vor äußerer Intervention durch die Warschauer Pakt-Staaten schrumpfte. Ungarn öffnete die Grenzen zu Österreich - das war die erste Fluchtmöglichkeit für die Frustrierten in der DDR. Die Massenflucht in die BRD wirkte zudem ein Abwandern von tausenden Arbeitskräften und daher neue soziale Probleme. In Folge darauf entwickelten sich

in Leipzig, Dresden und Berlin auch die ersten Demonstrationen mit der Losung "Wir bleiben hier!". Immer lauter wurde die Kritik an der SED-Regierung, die die Fluchtwelle nur als Ausreise von staatsfeindlichen Elementen diffamierte. Immer größere Demonstrationen, immer lautere Forderungen nach Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit sowie demokratischen freien Wahlen, die Protestbewegung nimmt eine rasante Entwicklung. Tausende Menschen singen die Internationale auf Demos und fordern ein Ende der Privilegienherrschaft der Bürokratie. Die Bürokratie reagiert zurzeit mit dem "Zuckerbrot" und "drängt" selbst auf Reformen.



Doch die Bevölkerung ist sich sehr wohl bewußt, daß ohne ihren Kampf kein Fortschritt erzielt wird. Als erste Sammelbewegung trat das "Neue Forum" in Erscheinung. Ihm gehören Kirchenvertreter, Intellektuelle aber auch Leute aus dem Staatsapparat an. Die Führung der Bewegung setzt auf Dialog zwischen Regierung und Volk und zweifelt den Führungsanspruch der SED grundsätzlich nicht an. Doch noch nie in der Geschichte hat sich eine herrschende Schicht von selbst wegformiert. Echte Arbeiterdemokratie kann nur durch den Sturz der SED erreicht werden. Aber noch einige andere Opposi-

tionsgruppen traten im Laufe der Bewegung hervor: Sozialdemokraten, "Demokratischer Aufbruch" (evangelische Kirche), verschiedene Gruppen innerhalb der SED und weiters die Vereinigte Linke. Diese eigenständige Linkssposition hat umfangreiche Konzepte zu wirtschaftlichen Reformen, demokratischer Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung der Betriebe erarbeitet. Mit solch einem sozialistischen Programm, konsequent an der Masse der Arbeiter orientiert und keinerlei Illusionen in die Reformierbarkeit der SED setzend, könnten Kräfte aus dieser Bewegung eine tragende Rolle bei Fortführung der politischen Revolution spielen.

Arbeiterdemokratie statt Bürokratie

Lenin sah für die Durchsetzung der Arbeiterdemokratie folgendes Konzept als notwendig an: Politikerprivilegien müssen durch jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit, Rotationsprinzip und Rechenschaftspflicht verhindert werden. Die Bezahlung von Funktionären darf nicht mehr als ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn ausmachen. Alle Parteien müssen zugelassen werden, sofern sie nicht zum Sturz des Sozialismus mit Waffengewalt aufrufen.

Die Arbeiterschaft muß sich außerhalb des herrschenden Apparats organisieren, um dieses Programm durchzusetzen. Eine solche demokratische Planwirtschaft im Herzen Europas hätte eine ungeheure Ausstrahlung zunächst auf Ungarn, Polen, Sowjetunion aber auch auf die BRD und könnte zur internationalen sozialistischen Veränderung führen. Die Arbeiterschaft und deren Organisationen in Österreich und international sollten sich dessen bewußt werden und die Bewegung in der DDR massiv unterstützen. Für eine sozialistische Demokratie in Ost und West!

Thomas Mann SJ 12

WER DIE JUGEND HAT,

HAT DIE ZUKUNFT



Die Politik der Sozialistischen Jugend ist zwar oft sehr öffentlichkeitswirksam, orientiert sich aber nicht an der Lebenssituation der arbeitenden Jugendlichen. Wenige aktive Mitglieder und die schwindende Verankerung in der Arbeiterjugend sind ein Ausdruck dafür. Die SPÖ-Politik verunsichert immer mehr junge Genossen/innen. Da die SJ nicht offensiv genug gegen diese Politik auftritt, bleiben viele Fragen offen.

Vor mehr als 90 Jahren wurde in Wien die erste sozialistische Jugendorganisation gegründet. Sie verstand sich als Teil der Arbeiterbewegung, welcher die Kämpfe der Jugendlichen organisierte und führen sollte. Aufgabe war es, das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft mit dem tagespolitischen Kampf organisch zu verbinden.

Durch ihre konsequente Arbeit, vor allem in den Betrieben, hatte die SJ bald große Unterstützung. Ihre Mitgliederzahl wuchs innerhalb von 20 Jahren - trotz der Bekämpfung durch den Staat - von 100 (1894) auf 16.000 (1914).

Obwohl die SJ die schweren Fehler und den Verrat (z.B. die Verhinderung der sozialistischen Revolution von 1918) der Parteiführung eher passiv hinnahm, konnte sie in der Zwischenkriegszeit ausgebaut werden. Als Massenorganisation der Arbeiterjugend (1923: 40.000 Mitglieder!) organisierte sie zahlreiche Kundgebungen zur Lage der Arbeiterjugend. Die falsche Politik des austromarxistischen Parteivorstandes, das Zurückweichen gegenüber den Faschisten, das stetige Aufschieben des Generalstreiks bis zum Sieg des Faschismus, setzte auch die SJ unter immer stärkeren Druck.

Trotzdem gab es 1932 noch 532 SJ-Gruppen. Zum antifaschistischen Widerstand gehörten viele Mitglieder der Revolutionsjungen Sozialistischen Jugend. Nach dem 2. Weltkrieg, als die revolutionäre Welle in Europa langsam abebbte und die SPÖ-Führung sich immer weiter nach rechts entwickelte, gab auch die SJ nach. Der schwerste Fehler war wohl ein Abkommen mit der Gewerkschaftsjugend Anfang der 50er Jahre, wonach sich die SJ vollständig aus der Betriebsarbeit zurückziehen mußte. (Die SJ stellte 1953 78,1% der Jugendvertrauenspersonen, 76% der 25.000 Mitglieder waren Lehrlinge.) Spätestens seit diesem Zeitpunkt hat sich die SJ von ihrem Anspruch als Arbeiterjugendorganisation immer weiter entfernt.



Kämpferische SJ-ler
in der ersten Republik

Für eine
sozialistische Arbeiterjugend

Die Umweltbelastung und die Rüstung sind zur ständigen tödlichen Gefahr geworden. Der Ausspruch Rosa Luxemburgs "Sozialismus oder Barbarie" erscheint immer realistischer. Auf der ganzen Welt haben Jugendliche bewiesen, daß sie bereit sind, für ihre Zukunft zu kämpfen (Spanien, Deutschland, Frankreich, China, Chile...). Aufgabe der SJ wäre es, derartige Kämpfe bei uns zu organisieren, zu führen und mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden.



Britische Jungsozialisten
im Kampf gegen die
konservative Regierung

Ostblock

"Geht doch rüber" bekommen Marxisten oft zu hören. Doch in Osteuropa hat nicht der Sozialismus versagt, die bürokratische Planwirtschaft ist ein enormer Fortschritt. Aber Planwirtschaft braucht Arbeiterdemokratie, um zu funktionieren. Aufgabe der SJ ist es nicht, die Bürokratie zu unterstützen oder gar gemeinsam mit den Bürgerlichen den Sozialismus für gescheitert zu erklären. Vielmehr muß sie den Kampf der sowjetischen, ostdeutschen... Arbeiterklasse unterstützen und die Programme von Marx, Lenin und Trotzki über Facharbeiterlohn für Funktionäre und deren jederzeitige Wahl- und Abwahlbarkeit an die Öffentlichkeit tragen.

John Evers SJ 5

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzacherstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelink
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Strukturdebatte

Heute herrscht in vielen Gruppen und Bezirken ein Klima, in dem sich ein Lehrling oder Jungebeiter kaum wohlfühlt. Angesichts dieser Probleme haben einzelne Spitzenfunktionäre eine "Strukturdebatte" vom Zaun gebrochen. Wie diese neue Struktur ausssehen und was sie bringen soll, ist unklar. Als relativ sicher gilt, daß die traditionelle Gruppenstruktur mehr oder weniger aufgelöst werden soll. Stattdessen sollen themenorientierte ständige Referate und Arbeitskreise (z.B. Frauen, Studenten, Lehrlinge, Schüler, Ausländer, Frieden, Umwelt usw.) eingerichtet werden. Argumentiert wird dieses Konzept mit "Anpassung an die geänderten Rahmenbedingungen". Demnach ist es angeblich unmöglich, Lehrlinge und Studenten in einer Gruppe zu vereinen: Fallweise taucht die Meinung auf, daß Lehrlinge ohnedies keinen politischen Anspruch hätten und daher für die SJ kaum zu "gebrauchen" sind. Stattdessen bemüht man sich um ein neues dynamisch - popiges Image (vielleicht für die vielzitierten, doch noch nie gesehenen, neuen Mittelschichten?). Wo bleibt bei solchen Konzepten der Anspruch auf eine sozialistische Gesellschaftsveränderung?

Für ein sozialistisches Programm

Die SJ-Wien Programmdebatte wäre eine gute Möglichkeit, bei den derzeitigen politischen Verwirrungen die marxistische Position zu stärken und offensiv zu vertreten: Der Kapitalismus steuert auf die tiefste Krise seit seinem Bestehen zu. Die Mehrheit der Menschheit lebt sogar in Aufschwungszeiten in absoluter Armut. Die Angriffe auf die Arbeiterklasse verschärfen sich.

NICARAGUA

Die unvollendete Revolution

Die wirtschaftliche Lage Nicaraguas ist nach zehn Jahren sandinistischer Revolution katastrophal: Die Auslandsschuld entspricht mit 7 Milliarden US-\$ dem Dreifachen des jährlichen Bruttoinlandprodukts und die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf ist niedriger als in den Jahren unmittelbar nach der Revolution vom Juli 1979.

Die Inflationsrate für 1988/89 wird mit über 30.000% angegeben. Ein harter Sparkurs soll die Wirtschaft stabilisieren. Wie stets in Kapitalismus trägt auch in Nicaragua die Arbeiterschaft die Hauptlast der Krise. Trotzdem wird die FSLN mit Unterstützung der sandinistischen Massenorganisationen wahrscheinlich wieder die absolute Mehrheit bei den Wahlen im Februar 1990 erreichen.

Vorrevolutionäre Geschichte

Die Geschichte Nicaraguas ist in den letzten Jahrhunderten von den imperialistischen Großmächten beeinflußt worden. Das 20. Jahrhundert ist geprägt von dem nationalen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus und dessen Statthalter in Nicaragua. Alle bisherigen Regierungen und Diktaturen dienten der wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung der USA in Zentralamerika. Unter diesen Umständen entwickelte sich in den 20er Jahren der erste langandauernde Guerillakrieg unter Führung Sandinos, dem ideellen Vorbild der Revolution. Nachdem diese national-revolutionäre Bewegung von der Armee niedergeschlagen wurde, pustete sich General Somoza mit Hilfe der Nationalgarde an die Macht. Die

Herrschaft des Somoza-Clans dauerte bis zur Revolution 1979. Jahrzehntlang bereicherte sich die herrschende Schicht der Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Militärs am wirtschaftlichen Boom. Der Super-Kapitalist Somoza benutzte den Staatsapparat, um riesige Reichtümer anzuhäufen. Der Somoza-Clan besaß 55% des bebaubaren Landes und 25% der Industrie. Die Armut und Unterdrückung der armen Campesinos am Land und der Arbeiter führte immer wieder zu Aufständen und Streiks.



Revolution 1979

Im Juli 1979 wurde die Somoza-Diktatur, nach jahrelangem Guerillakampf, durch einen von der FSLN (Frente Sandinista de Liberación) ausgerufenen Generalstreik und Aufstand endgültig gestürzt. Diese Revolution war ein Sieg für die Arbeiter und Bauern. Im frühen Stadium der Revolution, am Anfang der 80er Jahre, wurden unter der Führung der FSLN wichtige Reformen durchgeführt. Die Ländereien und Industriebetriebe des Somoza-Clans, die inländischen Banken und Versicherungen sowie der Außenhandel wurden verstaatlicht. Die Kindersterblichkeit konnte von 33% auf 8% gesenkt, die Analphabetenrate von 50% auf unter 14% gedrückt werden. Das Gesundheits- und Bildungswesen

konnte durch Investitionen entscheidend verbessert werden. Die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte sowie die gewerkschaftliche Organisierung wurden von der FSLN-Junta garantiert. Die Agrarreform, in der Anfang der 80er Jahre ein Großteil der ehemaligen Somoza-Ländereien an die armen Bauern verteilt wurde, sicherte der FSLN die Unterstützung der Masse der Landbevölkerung. Der Verlauf der Revolution war durch die Schwäche der bürgerlichen Opposition gekennzeichnet. Das Bürgertum in Nicaragua ist politisch schwach, besonders wirtschaftlich völlig von den USA abhängig. Aber noch bis 1978 herrschte der bürgerliche Widerstand gegen die Somoza-Diktatur vor. Diesen schwächte aber die US-Regierung, indem sie der Diktatur bis zuletzt Milliarden US-\$ Militärhilfe leistete, um die auflammenden Guerillaaktivitäten der FSLN zu bekämpfen. Die Bürgerlichen konnten keine einheitliche Führung aufbauen und setzten noch mehrheitlich auf die Versöhnung mit der Diktatur.

Arbeiterbewegung

Die starke Industrialisierung seit den 50er Jahren führte zu einem Anwachsen der städtischen Bevölkerung auf 56%. In den 70er Jahren erlebte Nicaragua große Streikbewegungen und eine starke Aktivität der Gewerkschaften. Die Diktatur verfolgte Gewerkschafter und unterdrückte die Arbeiterbewegung mit dem Kriegsrecht. Doch die Gewerkschaften Nicaraguas waren gespalten und konnten wegen ihrer unentschlossenen Politik gegenüber Somoza

den Arbeitern keine politische Führung anbieten.

FSLN - Frente Sandinista

Die FSLN wurde Anfang der 60er Jahre aus einer Vielzahl kleiner, zum Guerillakampf breiter Gruppen gegründet. Die traditionelle Linke, insbesondere die Kommunistische Partei, die sich seit 1930 PSN (Partido Socialista de Nicaragua) nannte, sprach sich gegen den bewaffneten Weg und für ein breites, von friedlichen Massenaktionen bestimmtes Bündnis mit den bürgerlichen Oppositionsparteien aus, um zunächst eine bürgerliche Demokratie zu erreichen. Die Linke konnte auf Grund des Fehlens einer marxistischen Politik auch keine politische Führungsrolle im Kampf gegen die Diktatur spielen. Zwei Begründer der FSLN, Fonseca und Borge, stammten aus der Jugendorganisation der PSN. Die meisten Mitglieder der FSLN gehörten wie diese dem städtischen Kleinbürgertum an. Die Guerilla der FSLN erlebte bis in die späten 70er Jahre zahlreiche Rückschläge, aber durch ihren bewaffneten Kampf gegen die Armee stellte sie sich als die einzige revolutionäre Kraft dar. Da die FSLN verschiedene soziale Schichten wie Bauern, Arbeiter sowie Teile der Kirche und der Bürgerlichen repräsentiert, bildeten sich drei Tendenzen heraus. Die GPP (Verlängerter Volkskrieg) sah die soziale Basis für den Kampf gegen Somoza und den US-Imperialismus auf dem Land. Nur ein langer militärischer Kampf könnte die soziale Revolution durchsetzen. Die Proletarische Tendenz wollte sich wegen den anwachsenden Streikbewegungen auf die städtische Bevölkerung konzentrieren. Die Tendencia Insurreccional (auch Terceristas) umschloß die Mehrheit von 60% der FSLN. Der Kampf auf allen Ebenen, hauptsächlich durch eine Guerillaarmee auf dem Land, sollte mit Unterstützung

der städtischen Unterschichten möglichst bald den Sturz der Diktatur herbeiführen. Alle Flügel der FSLN sehen die Revolution als nationale Angelegenheit, der in der Propaganda der FSLN anzustrebende Sozialismus wird in die ferne Zukunft gerückt. Nur der Verzicht auf eine sozialistischen Eigentumspolitik sicherte der FSLN-Führung auch die Unterstützung der bürgerlichen Opposition. Die neue Verfassung von 1987 stellt das Programm der FSLN dar: Der "nationale Dialog" mit allen, besonders mit den bürgerlichen Parteien, sollte die Unabhängigkeit vom US-Imperialismus bringen. Der politische Pluralismus, die gemischte Wirtschaft und das Prinzip der Blockfreiheit sollen die Basis der Aussöhnung mit den Kapitalisten sein. Das Fehlen einer Massenpartei der Arbeiterschaft mit einer marxistischen Führung sowie die Zersplitterung der Gewerkschaften, stellten die FSLN trotzdem an die Spitze der proletarischen und bäuerlichen Oppositionsbewegung.

Neuer Staatsapparat

Die militärischen Kader der FSLN bildeten nach der Vertreibung des Somoza-Clans den neuen Staatsapparat. Der Verlauf der Revolution legte jedoch schon die Basis für die sozialen Probleme. Die siegreiche Guerillaarmee zog vom Land in die Stadt. Die Revolution war nicht ein bewußter Aufstand der Arbeiterklasse, der Generalstreik wurde von der FSLN nur als eine Nebenfront gesehen. Das nationale Direktorium der FSLN sowie die FSLN-Regierung orientierten sich nach der Wahl von 1984 am kubanischen Staatsapparat. Die Verwaltung, gebildet aus den FSLN-Kadern, entwickelte sich unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft und des Bürgerkrieges zu einer bürokratischen Schicht, die die politische Macht in ihren Händen konzentriert. Obwohl die Mehrheit der

Arbeiter und Bauern in den sandinistischen Massenorganisationen mitarbeiten, bleiben ihnen der Zugang zur wirtschaftlichen wie politischen Macht verwehrt. Der Versuch, eine Massenbewegung der Arbeiter durch eine relativ kleine Partei zu ersetzen, kann nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft führen. Die FSLN-Führung regiert durch das Vertrauen des Volkes, die sandinistischen Massenorganisationen dienen als Vermittler der Regierungspolitik. Der Charakter des Staates ist eine Widerspiegelung der Frente Sandinista selbst, die hierarchisch aufgebaut ist und keiner Kontrolle durch die Massen unterliegt.

Wirtschaftliche Rückschläge

Bereits kurz nach der Revolution weitete sich nicht nur die Wirtschaftsblockade der USA aus, die Übergriffe der von den USA finanzierten Contras (konterrevolutionäre Söldner) nahmen für die gesamte Volkswirtschaft Nicaraguas bedrohliche Ausmaße an. Seitdem verwendet die FSLN mehr als 50% des Staatshaushaltes für die Verteidigung. Der Krieg gegen die Contras gefährdet jede Investition, mehr als 100.000 Arbeitskräfte sind in den Militär- und Milizdienst eingebunden, tausende Opfer hat der Krieg schon gefordert. Die Hyperinflation wurde von Staatspräsident Ortega zum wirtschaftlichen Hauptfeind erklärt, die Wirtschaftskrise bedroht die Existenz der Revolution. Die sandinistische Regierung benutzt nun konservative bürgerliche Rezepte zur Krisenbewältigung. Der Staat kontrolliert aber nur 30% der Industrie und 20% der Landwirtschaft. Die privaten Unternehmer reagierten auf die Revolution mit Produktionsboykott, Investitionsstopp und Kapitalflucht in die USA. Bereits 1981 erklärte die FSLN-Regierung den wirtschaftlichen Notstand. Die Preise für die landwirtschaftlichen Export-

produkte wie Kaffee und Baumwolle fielen am Weltmarkt in den Keller. Die Auslandsschuld und der Zinsendienst stiegen drastisch an. Wegen der Wirtschaftskrise verlassen jährlich tausende Menschen Nicaragua in Richtung USA. Die Löhne der Arbeiter können die Grundnahrungsmittel nicht mehr abdecken. Die Streiks, die Land- und Betriebsbesetzungen beantwortete die FSLN-Führung mit einem Streikverbot und einem Verbot eigenmächtiger Besetzungen. Noch immer halten die Führer der Frente Sandinista an dem "nationalen Dialog" mit den Bürgerlichen fest, obwohl diese die Revolution in jeder Beziehung sabotieren und bekämpfen. Das neue Schlagwort der Regierung heißt nun "Konzertierung". Konzertierung heißt, daß die Gewerkschaften Vertrauen zu den Unternehmern und diese wiederum Vertrauen in die Sandinisten und die Gewerkschaften haben sollen. Dieses Vertrauen soll die politische Basis bilden, um die Produktion anzukurbeln. Aber trotzdem die Sandinisten den Privatunternehmern zunehmend Vergünstigungen bieten, muß dieses Konzept fehlschlagen, da die Kapitalisten letztendlich nur an einem Sturz der Revolution interessiert sind. Die herrschende Politik der liberalisierten Wirtschaft führte zum Stopp der Sozialprogramme und Entwicklungsprojekte. Der Staatsapparat wurde bereits zum 2. Mal verringert, 30.000 Menschen verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Der Einsatz dieser Arbeitskräfte zum Beispiel in der Landwirtschaft scheitert an der Reduzierung des Staatsbudgets und der mangelhaften Infrastruktur. Die garantierten Mindestlöhne wurden von der Regierung freigegeben, diese führt natürlich zu einer Reduzierung des Lebensstandards in den Städten. Die Agrarreform wurde gestoppt, und das Budget soll drastisch eingeschränkt werden (z.B. Verteidigung um 29%, Inneres um 40% und Bildung

um 20%). Der Staat vergibt nun nur dann Kredite, wenn absolute Sicherheit auf Rückzahlung besteht. Die Exportwirtschaft, die Devisen einbringt, wird vom Staat durch Kredite und Investitionen absolut bevorzugt. Damit wird die Abhängigkeit vom Weltmarkt nur noch verstärkt, außerdem steht die Versorgung der Bevölkerung mit eigener Produktion auf dem Spiel. Der Stopp von Krediten für kleine Bauern könnte zur indirekten Rücknahme der Agrarreform führen. Diese Politik entspricht den Sparprogrammen des IWF und der Weltbank und soll die Hyperinflation bekämpfen. Da noch der Großteil der Wirtschaft in privater Hand ist, blüht in dieser Situation die informelle Wirtschaft, der Schwarzhandel und die Spekulation.



Die unvollendete Revolution

Die Befürworter der Politik der FSLN-Führung weisen oft darauf hin, daß die politische Macht nicht in den Händen der Kapitalisten liegt. Die FSLN hat noch das Vertrauen des Volkes, aber die Sparpolitik und die Konzessionen an die Privatwirtschaft gefährden die Errungenschaften der Revolution. Die Wirtschaftsblockade der USA, der Krieg gegen die Contras und der Produktionsboykott der Kapitalisten setzen die Regierung

enorm unter Druck. Die Sandinisten sollten von ihrem Modell der gemischten Wirtschaft und der Zusammenarbeit mit dem nicaraguanischen Bürgertum Abstand nehmen und die Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft vorantreiben. Die Revolution kann nicht auf halbem Weg stehenbleiben. In abhängigen und wirtschaftlich unterentwickelten Ländern wie Nicaragua sind zuerst die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen (Entwicklung der Industrie und Landreform). Die nationale Kapitalistenklasse ist dazu unfähig, ihre Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern und vom US-Imperialismus hindert sie eine eigenständige politische Rolle zu spielen. Nur die Arbeiterschaft kann mit Unterstützung der ausgebeuteten Bauern diese Aufgaben lösen. Die Revolution muß aber im Interesse der Arbeiterklasse weitergehen, um sozialistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung der Industrie oder die Planwirtschaft durchzusetzen. Die widersprüchliche Situation, wenn die Kapitalisten noch immer die Wirtschaft, aber nicht den Staat kontrollieren, kann nicht immer andauern. Die sozialen Konflikte können nur gelöst werden, indem die gesamte Wirtschaft vergesellschaftet und geplant wird. Sonst wird die Konterrevolution siegen, und die alten Herrschaftsverhältnisse werden wiederhergestellt.

Die Wirtschaftspolitik der FSLN-Führung gibt der Konterrevolution und den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, offen gegen die sozialen Errungenschaften der Revolution aufzutreten. Wenn sich die Sandinisten mit den Bürgerlichen und Großgrundbesitzern gegen die Rechte der Arbeiter und Bauern verbünden, wird die Unterstützung für die FSLN im Volk geringer werden. Die Konzessionen an die Kapitalisten schützen nicht vor den Angriffen der Contras und der aggressiven Politik der USA, wie die letzten

Kriegshandlungen zeigen. Noch halten die Arbeiter und Campesinos die sandinistische Revolution. Die relative Ruhe in Nicaragua bestätigt nach wie vor die politische Führungsrolle der FSLN sowie deren Glaubwürdigkeit für die Volksmassen. Daher sollte die FSLN daraus die Konsequenz ziehen und ihre Politik grundlegend ändern: Verstaatlichung und demokratische Planwirtschaft könnten die wirtschaftliche Basis der Revolution absichern. Noch immer ist die internationale Solidarität mit Nicaragua ungebrochen, der Weg zu einer sozialistischen Revolution würde sie vervielfachen. Diese Revolution muß auf ganz Zentralamerika übergreifen, falls sie dauerhaft sein soll. Nur so kann eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen Weltmarkt aufgebaut werden. Die Sandinisten haben noch die politische Macht über den Staat, sie haben die Verantwortung, diese zu nutzen. Die internationale Arbeiterbewegung hat die Verantwortung für eine wirksame Unterstützung der Revolution in Nicaragua.

David Mum SJ 23
Thomas Kerschbaum SJ 10

* * * * *
* NEUES ANGEBOT * NEUES ANGEBOT Wer sich für die Entwicklung in der DDR besonders interessiert, kann über die Redaktion VÖRWÄRTS zwei brandaktuelle Broschüren anfordern:

* DDR - Schluß mit der Bürokratenherrschaft - Für eine sozialistische Demokratie!

(Preis 85 S.-)

* Vor 35 Jahren: Berliner Arbeiteraufstand! (Preis 85 20,-)

* * * * *

* BUCHTIP * BUCHTIP * BUCHTIP *

Leo Trotzki: Die Geschichte der Russischen Revolution in drei Bänden (Fischer Verlag) - Die Analysen von Trotzki sind durch die revolutionären Ereignisse in Lateinamerika und in Osteuropa bestätigt worden und bestechen durch ihre Aktualität.

* * * * *

TEXTILBRANCHE

Für einen einheitlichen KV

In Österreich arbeiten rund 89.000 Personen in Betrieben der Textil- oder Bekleidungsproduktion. 1970 waren es um 44,1% mehr. Dieser Schwund an Arbeitsplätzen ist nicht etwa auf den sinkenden Bedarf an Textilien zurückzuführen, sondern darauf, daß die Produktion zu einem Großteil in die Billiglohnländer verlegt wird.

In vielen Gebieten ist die örtliche Textilfabrik die einzige Arbeitsmöglichkeit. Solche Betriebe nehmen gerne ungelernte Kräfte auf, die sie anlernen - und somit auch schlechter bezahlen können. Die Unternehmer spekulieren mit der Abhängigkeit der beschäftigten Frauen (der Frauenanteil liegt bei durchschnittlich 70%). Es kommt deshalb immer wieder zu Übertritten des Arbeitsrechts. Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder hat mit rund 45.000 Mitgliedern einen Organisationsgrad von ca. 60%. Sie vertritt Arbeitnehmer in den unterschiedlichsten Bereichen - in Gewerbe und Industrie, in Lederproduzierenden, Lederverarbeitenden, Textil und Bekleidungsbetrieben. In all diesen Betrieben herrschen sehr unterschiedliche Arbeitsbedingungen - und es gelten verschiedene Kollektivverträge!

Während die Beschäftigten der lederverarbeitenden Industrie immerhin einen kollektivvertraglich gesicherten Mindestlohn von 11.332,- S. brutto haben, muß eine Arbeiterin der Kleidungsindustrie mit ca. 7600,- S. brutto auskommen. Noch schlechter ist die Entlohnung im

Gewerbe. Ein Lehrling im 1. Lehrjahr erhält lächerliche 440,- S pro Woche. Erst nach 11 Jahren hat ein Gewerbebeschäftiger den Anspruch auf einen vollen Monatslohn als Urlaubs- und Weihnachtsgeld!

Die jetzige Situation nützt nur den Unternehmern. Es ist unabdingt notwendig, einen einheitlichen Kollektivvertrag für alle Beschäftigten der Textil-, Bekleidungs- und Lederbranche zu schaffen. Die Gewerkschaft kann nur so die Aufspaltung der Arbeitnehmer aufheben. Durch die Vereinheitlichung könnte die Gewerkschaft größeren Druck auf die Unternehmer ausüben. Das übergeordnete Ziel einer aktiven Gewerkschaftspolitik sollte ein Generalkollektivvertrag mit der 35-Stunden-Woche und einem Mindestlohn von 12.000 netto sein!

Sonja Grusch SJ 10

***** WIR FORDERN *****

UMVERTEILUNG

* Für die Einführung der gleitenden Lohnskala! Lohn erhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

* Für alle, die sich in der Ausbildung befinden, einen abgestuften Mindestlohn. Für alle, die nicht arbeiten, ein dichtes soziales Netz, das jeder/jeden eine lebenswerte Existenzgrundlage bietet. Ausbau der staatlichen Sozialversicherung und für ein klassenloses Gesundheitswesen!

POLL TAX

Maggie's

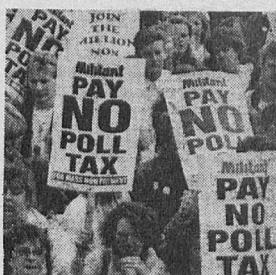
Seit einem Jahr befinden sich die schottischen Arbeiter in dem bisher größten Kampf gegen die konservative Regierung Großbritanniens. Seit März 1989 testet die Tory-Regierung ein neues Steuersystem, die sogenannte Poll-Tax (Kopfsteuer), die später auf ganz Großbritannien ausgedehnt werden soll. Bis Ende September 1989 haben sich bereits 1 Million Schotten geweigert zu zahlen!

Die Poll-Tax ist eine Personensteuer, die die Steuern der Reichen halbiert und die Abgaben der ärmeren Bevölkerung stark erhöht. Statt der bisherigen Steuer auf Haus- und Wohnungsbesitz, die nach der Größe des Hauses gestaffelt war, müssen nun alle Personen über 18 Jahre eine Personesteuer bezahlen. Da aber die Beträge von Gemeinde zu Gemeinde verschieden sind, kann es vorkommen, daß ein Arbeiter in Glasgow mehr bezahlt als ein Millionär, der auf dem Land lebt. Die reichsten 10% der Briten gewinnen durch diese neue Steuer Milliardenbeträge. Die Poll-Tax ist nur leicht nach Wocheneinkommen und Alter abgestuft. Zwei Drittel aller Haushalte verlieren durch die Kopfsteuer, und das, obwohl bereits jetzt fast 10 Millionen Briten unter der Armutsgrenze leben. Die Sozialleistungen sind in den 10 Regierungsjahren der konservativen Premierministerin Thatcher stark gekürzt worden.

Angriff auf Arbeiterrechte

Die Kopfsteuer ist ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der britischen Arbeiterschaft. Aber die betroffenen Arbeiter wehren sich gegen die Kürzung der Sozialabgaben, Kündigungen und gegen die fortschreitende Verarmung. Der

einjährige Bergarbeiterstreik 1984/85 bewies ihre Kampfbereitschaft. Seitdem reißt die lange Reihe von Arbeitskämpfen in allen Sektoren der Wirtschaft nicht mehr ab. Besonders hervzuheben ist der Kampf um die Erhaltung des öffentlichen Gesundheitswesens. Das nationale Gesundheitswesen (National Health Service) ist durch Kürzung und Privatisierung bedroht. Die Streiks und Proteste zu Erhaltung des NHS dauern in ganz Großbritannien an. Mit der Einführung der Poll-Tax wagt es die Regierung erstmals, die gesamte Arbeiterschaft anzugreifen - denn jeder muß diese neue Steuer zahlen!



Ziele der Poll-Tax

Mit dieser Steuer verfolgen die Konservativen ein ganz konkretes Ziel: Der Reichtum soll konsequent von den Armen zu den Reichen umverteilt werden. Nicht nur die britischen Konservativen gehen diesen Weg. Auch in Österreich stehen wir einer Umverteilung von unten nach oben gegenüber, der Anteil der unselbstständig Beschäftigten am Volkseinkommen sinkt seit einigen Jahren. Aber so radikale Schritte zur Bereicherung der Reichen wie die Regierung Thatcher hat noch keine andere europäische Regierung gewagt.

Anti-Poll-Tax-Bewegung

Gegen diese ungerechte Be-

Außerdem benützen die Tories die Poll-Tax, um den Einfluß und Mittel der gewählten Councils (Gemeindeverwaltung) zu beseitigen. In Schottland werden diese Councils von Abgeordneten der sozialdemokratischen Labour-Party dominiert. Seit Jahren kürzt die Regierung die Budgets der Gemeinden. Natürlich können die Gemeinden ihre Serviceleistungen wie Müllabfuhr, öffentlicher Verkehr nur mit einem Zuschuß der Regierung bezahlen. Falls das von der Regierung erstellte Budgetziel überschritten wird, kürzt diese die Zu- schüsse für die Gemeinden noch zusätzlich. Dadurch ist es zu größeren Kündigungswellen und einem Absinken der Qualität der öffentlichen Leistungen gekommen. Der Verfall der großen Industriestädte ist auf die Kürzungspraktik der Regierung zurückzuführen. Der jahrelange Kampf der Stadt Liverpool gegen diese Sparpolitik zeigte den Protest der Arbeiterschaft. Die konservative Regierung versucht auf diese Weise, die Gemeinden zur Privatisierung, d.h. zum Verkauf der gewinnbringenden Teile des Gemeindeeigentums, zu zwingen.

Registrierungspflicht

Die Bevölkerung ist verpflichtet, sich für die Poll-Tax registrieren zu lassen. Derzeit sind alle Einwohner von England und Wales an der Reihe, dort soll die neue Steuer ab April 1990 eingeführt werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, für die 100%ige Registrierung der Bevölkerung zu sorgen und bei Vergehen Geldstrafen einzuhängen.

KOPFSTEUER

steuerung formierte sich eine starke Protestbewegung. In ganz Schottland bildeten sich Anti-Poll-Tax Unions, um eine Massenbewegung aufzubauen. Bis Ende September 1989, nach 6 Monaten Poll-Tax, weigerten sich 1 Million Schotten, die Kopfsteuer zu zahlen (das sind 30% der steuerpflichtigen Bevölkerung). Viele Gewerkschaftsorganisationen und lokale Vereine wie Mieterschutzbewegungen, Arbeitslosengruppen, Behindertenorganisationen sowie Schüler- und Studentenvereine haben sich den Anti-Poll-Tax Unions angeschlossen.

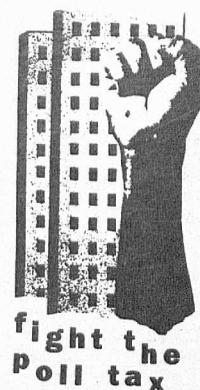
Labour-Party

Die Labour Party Führung unter Kinnock sowie die rechte Gewerkschaftsbürokratie verwiegern der Protestbewegung ihre Unterstützung. Sie vertrösten die Leute auf die nächste Wahl in drei Jahren und versprechen, daß wenn die sozialdemokratische Labour Party an der Regierung ist, diese Steuer wieder verschwindet. Bis dahin sollen die Leute zahlen. Die Labour-regierten Gemeinden werden auch Strafen bei Nichtbezahlen der Steuern verhängen.

15 Abgeordnete zum Unterhaus und die verschiedenen Anti-Poll-Tax Federations haben ein "Steering committee for the all British Campaign" (Organisationskomitee für eine gesamt-britische Kampagne) gegründet. Das Ziel sind 10 Millionen Nichtzahler bis Ende 1990. Diese Massenkampagne soll die Rücknahme der Poll-Tax erzwingen.

Militant

Die rechte Parteibürokratie der Labour Party versucht, die Protestbewegung zu schwächen.



vieler anderer Wirtschaftsberufe zu verbinden.

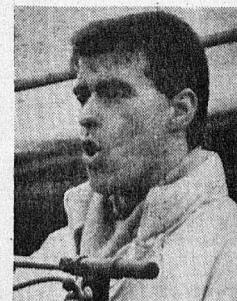
Strafen

Bei einem Nichtbezahlen der Steuer droht eine jährliche Strafe von 50 Pfund zuzüglich der Steuer. Die Behörden können Steuern und Strafen mittels Beschlagnahmung von Gehältern und Bankkonten eintreiben. Falls Fürsorgeempfänger nicht zahlen können oder wollen, wird ihnen die Sozialhilfe gesperrt. Somit trifft diese Steuer wieder die Kämsten der Armen. Am "wirkungsvollsten" ist die Beschlagnahmung und öffentliche Versteigerung des Besitzes von säumigen Zahlern. Die Androhung von Strafen soll die Anti-Poll-Tax Massenbewegung spalten und schwächen. Außerdem versuchen die Tories die Steuer im ersten Jahr künstlich niedrig zu halten. Ein neues Gesetz schreibt auch vor, daß verarmte städtische Gebiete finanzielle Zuschüsse aus den Steuerein-

Become a Militant supporter

Militant has given the best coverage of the battle against the poll tax, and demonstrated its support for workers' struggles of which it can be justly proud. To all who want to defeat the poll tax and to those looking for socialism, I would not only strongly urge them to read Militant, but appeal to YOU to go further.

Join Militant's fight for socialism
Tommy Sheridan, Chair Scottish Anti-Poll Tax Federation.



nahmen wohlhabender Gebiete erhalten - um in den ärmeren Gebieten die Steuer zu senken. Dieses Sicherheitsnetz soll aber wieder aufgehoben werden, was wiederum zu einem starken Ansteigen der Steuer in den Städten führen wird.

Don't pay! Don't collect!

Die Belastbarkeit der britischen Arbeiter hat die Grenzen erreicht, Armut und Arbeitslosigkeit beherrschen das Bild britischer Großstädte. Die Anti-Poll-Tax Federations versuchen, den Zwangsversteigerungen eine Massenmobilisierung entgegenzusetzen. Die Streiks oder Boykotts der Verwaltungsan-

gestellten sollen das Eintreiben der Steuer erschweren oder unmöglich machen. Falls es zur Beschlagnahmung von Löhnen kommt, sollen Streiks in den Betrieben organisiert werden. Die Angestellten der Sozialämter sollen die Auszahlung der Sozialhilfe gewährleisten. Deshalb brauchen die Anti-Poll-Tax Unions die volle Unterstützung des Gewerkschafts- dachverbandes und der betroffenen Gewerkschaften. Die Labour Party muß die politische Führung der Massenbewegung übernehmen, um das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung wieder zu erringen. Bei den Kommunalwahlen in Schottland konnte eine Nationalistische Partei im Gegensatz oder Boykotts der Verwaltungsan-

gestellten sollen das Eintreiben der Steuer erschweren oder unmöglich machen. Falls es zur Beschlagnahmung von Löhnen kommt, sollen Streiks in den Betrieben organisiert werden. Die Angestellten der Sozialämter sollen die Auszahlung der Sozialhilfe gewährleisten.

Deshalb brauchen die Anti-Poll-Tax Unions die volle Unterstützung des Gewerkschafts- dachverbandes und der betroffenen Gewerkschaften. Die Labour Party muß die politische Führung der Massenbewegung übernehmen, um das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung wieder zu erringen. Bei den Kommunalwahlen in Schottland konnte eine Nationalistische Partei im Gegensatz

Thomas Kerschbaum SJ 10

zurückgezahlt werden, wenn die Zeitung in der Gewinnzone ist.

Nach Gewinn sieht es derzeit ganz und gar nicht aus: Das Abwandern von langjährigen Stammlesern und das Fehlen neuer Leser zeigt deutlich, wie groß das Interesse an einer "links"- liberalen Zeitung ist, die zwischen Kurier und Standard angesiedelt sein soll (Schmidt).

Neue AZ

Das 20 Millionen Schilling - Darlehen, das die SPÖ der neuen "Neuen AZ" gewährt hat, sollte die Partei lieber gleich abschreiben: es muß erst dann

Danksagung

Wir, jahre- und Jahrzehntelange Mitglieder der SPÖ, danken unseren Ge- nossen, Zentralsekretären und beson- ders unserem Bundeskanzler Franz Vranitzky, daß er es uns ermöglichte, Weihnachten 1989 als Arbeitslose im Kreise unserer Familien zu verbringen. In diesem Sinne rufen wir unserer Ex- Partei und deren Führern noch ein letztes „Freundschaft!“ zu.

Die Noch-Mitarbeiter des „Vorwärts“-Verlages

Die Annahme dieses Inserates wurde von der links-libera- len „AZ“ abgelehnt.

Bezahlte Anzeige

Wer liest die AZ? Langjährige SP-Mitglieder und AZ-Abonnenten wandern enttäuscht ab. Wer Wert auf "gutbürgerlichen Journalismus" legt, wird aber den "Standard" lesen, da die AZ nach Änderung der Blattlinie einige der besten Journalisten verloren hat. Legt man Wert auf Kleinformat, wird man das kleinerkarrierte Kleinformat wählen.

Daß die SPÖ eines der wichtigsten Propagandamittel, nämlich die eigene Tageszeitung, aufgegeben hat, ist nur die konsequente Fortsetzung ihrer Defensivpolitik den Bürgerlichen gegenüber. Die Stärkung und der Aufbau einer wirklich marxistischen Arbeiterzeitung ist daher wichtiger denn je.

Als Stammleser der neuen "Neuen AZ" kommt der neue Eigentümer Schmidt in Frage, der seinem Busenfreund Vranitzky zu Weihnachten ein AZ-Abo schenken könnte. Apropos Weihnachten: Nachdem die SPÖ den Vorwärts-Verlag abgestoßen hat, wird dort rationalisiert. Die Arbeiter können sich nun bei der SPÖ-Führung dafür bedanken (siehe Faksimile!).

Andrea Koch SJ 10

AKTION ! HANDELN !

Keine weitere Verschlechterung für die Beschäftigten im Handel

Vier Tage in der Woche bis 19 Uhr, einmal bis 20 Uhr und ein langer Samstag - das ist der aktuelle Vorschlag von ÖVP-Minister Schüssel zu den Öffnungszeiten.

Für die Handelsangestellten ist dies eine unakzeptable Vorstellung. Der Gegenvorschlag der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) ist bereits ein Kompromiß. Es wird nämlich gefordert, das gegenwärtige Öffnungszeitenmodell, d.h. einmal in der Woche bis 20 Uhr oder ein langer Samstag und an normalen Tagen bis 18 bzw. bis 18 Uhr 30, beizubehalten. Trotz dieser Zugeständnisse wollen die Unternehmer ein weiteres Zurückweichen der Gewerkschaft erzwingen.

KAMPF

Der Verfassungsgerichtshof hat mit 30. November die bestehenden Ladenschlußzeiten als verfassungswidrig aufgehoben. Falls bis dahin keine Lösung gefunden ist, können die Geschäfte von 0-24 Uhr offenhalten. Das Wunschmodell der GPA ist es nun, das derzeitige Modell in den Verfassungsrang zu erheben, dann könnte der Verfassungsgerichtshof es nicht mehr aufheben. Als bloße Verordnung oder als Gesetz wäre das jederzeit möglich. Doch selbst ein "Ladenschlußgesetz" scheint weiter entfernt denn je.

LADENSCHLUßGESETZ

Für 26. November wurde im

Parlament eine Sitzung über die Öffnungszeiten angekündigt. Dazu wird von der SPÖ ein Initiativvorschlag eingebracht, der ein Gesetz gemäß dem derzeit laufenden Modell fordert. Doch um dieses Gesetz zu beschließen, ist eine Mehrheit der SPÖ nicht möglich. Es wird also wahrscheinlich ein gesetzesloser Zustand entstehen. Auf dem parlamentarischen Weg können sich die Arbeitnehmer genausowenig wie vom VGH eine Lösung erwarten. Diese Situation kann von der GPA nur mehr durch Kampfmaßnahmen gewonnen werden.

VORGESCHICHTE

Der Vorsitzende der Sektion Handel der GPA, Kollege Freitag, hat schon angekündigt, keinen Millimeter vom derzeitigen Modell abrücken zu wollen. Am 20. November wird es in den meisten Betrieben mit Betriebsrat eine Betriebsratssitzung geben. Für 24. November ist in neuen Betrieben (z.B. Meini, Konsum, Löwa und Billa) eine Urabstimmung über einen Streik angekündigt.

STREIK

Doch die Lage ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Zu oft ist die GPA Führung in der Vergangenheit vor den Unternehmern zurückgewichen. In Salzburg zum Beispiel ist die Lage fast ausschließlich

Michael Bonvalont SJ 5

* Unterstützung der GPA durch SJ, SPÖ und ÖGB!

* 35 Stunden Woche statt längerer Arbeitszeit!
* Keine Überstunden für Lehrlinge!

* 12.000,- öS Mindestlohn!

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsfordernungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

SOZIALISTISCHE PARTEI

- * Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Schluß mit Privilegien für Parteifunktionär - sie müssen wissen, wen sie vertreten!

- * Die SPÖ muß durch konsequente sozialistische Politik zeigen, wen sie vertritt - die arbeitende Bevölkerung!

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

- * Wir fordern einen garantier-ten Ausbildungsplatz für jede/n!

- * Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

BILDUNG

- * Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

- * Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen!

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG UND NEUE TECHNOLOGIEN

- * Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals - für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

UMWELTSCHUTZ

- * Stärkere Schutzbestimmungen gegen gesundheitsschädliche Faktoren am Arbeitsplatz und Wohnort!

- * Verstaatlichung der gesamten E-Wirtschaft! Konzentration auf alternative Energieerzeugung. Verbesserung der konventionellen Energieproduktion wie Einbau von Filteranlagen in allen kalorischen Kraftwerken.

- * Sofortige Stilllegung aller AKWs in Ost und West!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift



Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS

10 Ausgaben zu 100,- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo
zu ÖS ... beziehen
(ab 50,- ÖS)

Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-)

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenz-
ackerstraße 19/9/4, 1100 Wien